

VIVANT-Fraktion

Plenarsitzung vom 29.01.2007

Interpellation von Ministerpräsident K.-H. Lambertz

Betrifft: Wahl des Stromlieferanten durch Regierung und Ministerium

Ab dem 1. Januar diesen Jahres hat jeder Bürger und jede öffentlich-rechtliche Instanz die Möglichkeit seinen Stromlieferanten für die Stromversorgung seiner Gebäude frei zu wählen.

Wer keinen neuen Stromproduzenten bezeichnet, der bleibt automatisch bei Electrabel.

Gemäß telefonischer Erkundigung, ist bisher ein Wechsel des Stromlieferanten weder durch die Regierung noch durch das Ministerium vorgenommen worden. Deshalb erfolgt diese Interpellation.

Es ist bekannt, dass Electrabel seinen Strom zum größten Teil aus Atomkraftwerken bezieht, und es sind auch keine besonderen Anstrengungen von Seiten dieser Firma erkenntlich, welche auf einen Strategiewechsel hindeuten würden.

Eher im Gegenteil, Electrabel versucht, entgegen der jetzigen gesetzlichen Regelung, eine Laufzeitverlängerung der bestehenden Atomkraftwerke zu erreichen. Zudem gibt es Planungen für den Bau von neuen Kernkraftwerken.

Ein Festhalten der Industrienationen an der Kernkraft bedeutet aber im Endeffekt, dass die weltweite Einführung der erneuerbaren Solarenergien entscheidend verzögert wird. Den meisten Ländern der Welt steht keine Kernkraft zur Verfügung und sie sind auch nicht in der Lage, mit den eigenen finanziellen und technischen Mitteln, eine solare Energieversorgung aufzubauen. Ohne unsere Hilfe bleiben den meisten Ländern der Erde also nur die fossilen Energieträger um ihren Energiebedarf abzudecken, mit den prognostizierten dramatischen Folgen für das Weltklima.

Ein Festhalten der EU-Mitgliedstaaten an der Kernenergie bedeutet also, dass der Tod von vielen Millionen Menschen durch immer schwerwiegendere Klimakatastrophen in Kauf genommen würde. An dieser Schlussfolgerung kommt man leider nicht vorbei, wenn man ehrlich ist. Das bedeutet dann aber auch, dass ein Festhalten an der Atomenergie die Stromversorgung in Zukunft nicht preiswerter, wie von den Atomkraftwerksbetreibern behauptet wird, sondern im Gegenteil durch die zu erwartenden, immer dramatischeren Klimakatastrophen sehr kostspielig machen würde. Es kommt hinzu, dass mit der Atomstrategie und der dadurch entstehenden Verzögerung bei der Einführung der erneuerbaren Energien, den Gemeinden und Regionen der Mehrwert, welcher durch den Aufbau der Solarwirtschaft gegeben ist, entgehen würde.

Auf der Basis dieser Überlegungen ist die VIVANT- Fraktion der Überzeugung, dass in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Regierung und das Ministerium einen Wechsel des Stromlieferanten, weg von Electrabel und hin zu einem Anbieter mit der größten Produktion von so genanntem "grünem" Strom, vornehmen muss. Nur so werden, nach unserer Auffassung, Regierung und Ministerium ihrer Vorbildfunktion gerecht!

Deshalb meine Frage:

Wie lautet die Auffassung der Regierung zu dieser Sachlage?  
Dr.J.Meyer  
Fraktionsvorsitzender